



## Antrag

Fraktion DIE LINKE

### **Bodenspekulationen stoppen - Agrarstruktur im Land Sachsen-Anhalt sichern**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Liegt der Preis für Kauf oder Pacht für landwirtschaftliche Flächen um mehr als 10 Prozent über dem ortsüblichen Preis, ist die Genehmigung zum Verkauf oder Verpachten zu untersagen.
2. Der einheitliche Vollzug bei der Anwendung des Grundstücksverkehrsgesetzes, des Landpachtverkehrsgesetzes und Reichssiedlungsgesetzes ist sicher zu stellen. Dazu sollen regelmäßige Aus- und Fortbildungsmaßnahmen dienen, einheitliche Vollzugsleitlinien vorgegeben werden und Verfahren transparent und vergleichbar in öffentlich zugänglichen Statistiken dargestellt werden.

### **Begründung**

Seit Jahren ist ein erheblicher Preisauftrieb für Agrarflächen zu beobachten, insbesondere in den östlichen Bundesländern. Damit ist eine Verdrängungstendenz regionaler Landwirte zugunsten von nichtlandwirtschaftlichen Investoren verbunden, die das Land oftmals zu Spekulationszwecken erwerben. Nach dem geltenden Grundstücksverkehrsgesetz kann die Genehmigung zum Erwerb versagt werden, wenn eine ungesunde Verteilung von Grund und Boden entsteht oder ein grobes Missverhältnis zwischen dem Gegenwert und dem Wert des Grundstückes besteht.

Die Verantwortung für das landwirtschaftliche Bodenrecht haben seit 2006 die Länder. Ohne wirksame Maßnahmen zum Flächenschutz steigt der Druck auf die noch vorhandenen Ackerflächen ständig an. Die Flächenverluste verringern die Produktionsmöglichkeiten der Landwirtschaft, verschärfen die Konkurrenz um die Flächen und treiben die Preise in die Höhe. Um eine agrarstrukturell nachteilige Verteilung des Grund und Bodens zu verhindern bzw. erhebliche Gefahren für die Agrarstruktur abzuwehren, sollte die Regelungskompetenz des Landes endlich wahrgenommen werden.

Thomas Lippmann  
Fraktionsvorsitzender

(Ausgegeben am 20.02.2019)